

Resolutionsentwurf:

LAGE UND AUFGABEN IN ÖSTERREICH

=====

Vorgelegt vom Kontaktkomitee der IKÖ - IKÖ (Oppos.)

I. Die ökonomische Lage und ihre Perspektive

Das Jahr 1953 wird allgemein als das Jahr der "Normalisierung" der Wirtschaft bezeichnet. Die durch den Krieg entstandenen besonderen Schwierigkeiten können als überwunden betrachtet werden. Die Außenhandelsbilanz ist aktiv geworden, Produktion und Produktivität haben den Vorkriegsstand überschritten. Die Zahl der Beschäftigten (beinahe 2 Millionen) ist bedeutend höher als vor dem Kriege und die Zahl der Arbeitslosen hat sich mit ungefähr 200.000 im Jahresdurchschnitt "normalisiert".

Diese "Normalisierung" der Wirtschaft bedeutet aber nicht, daß damit die Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg geschaffen wurden. Im Gegenteil, das Jahr 1953 brachte bereits eine Stagnation, in manchen Zweigen sogar einen Rückgang der Produktion. Nur die Exportindustrie wies dank der Schillingabwertung und dank der niedrigen Lohnkosten einen verhältnismäßig starken Anstieg auf. Im allgemeinen ist die Entwicklung der Wirtschaft seit ein bis zwei Jahren in ein Stadium der Stagnation getreten. Die Wiederaufbaukonjunktur von 1948-1952, die durch den "Marshallplan" wesentlich unterstützt wurde, ist zu Ende.

Die Struktur der österreichischen Wirtschaft hat sich gegenüber der Vorkriegszeit in wichtigen Punkten verändert. Als Erbe der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals blieb eine verhältnismäßig große und moderne Schwer-, Maschinen- und Apparate-Industrie. Diese wurde zwar zum größten Teil verstaatlicht, aber das verhindert nicht, daß die Kapazität oft unausgenutzt bleibt und die Konjunktorempfindlichkeit der gesamten Wirtschaft gesteigert wird. Auch die Ausdehnung gewisser Industriezweige (Bekleidungsindustrie, Bauindustrie) im Zusammenhang mit der Nachkriegskonjunktur führte zu Disproportionen.- Die Zahl der Kartelle hat sich verdoppelt (1938:250, 1952:480). Die meisten dieser Kartelle sind Preiskartelle. Sie schalten die Konkurrenz auf dem Markte aus, steigern die Preise und wirken sich auf keinen Fall konjunkturfördernd aus.- Zum Unterschied von der Industrie ist die technische Entwicklung der Landwirtschaft weit zurückgeblieben. Sie lebt auf Kosten der Industrie und muß protegiert werden. Sie wird immer mehr zu einem der konservativsten Elemente nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft.- Ein eigenartiges Element in der Wirtschaft Österreichs bilden die unter sowjetischer Verwaltung stehenden USIA-Betriebe. Sie besitzen bedeutende Monopole (Erdöl, Glas), durch welche sie ähnlich den kapitalistischen Preiskartellen wirken. Von Bedeutung ist ebenso das in der russischen Zone aufgezogene Kleinhandelsnetz.- Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft seit 1938 zu noch größeren Disproportionen und zu noch größerer Konjunktorempfindlichkeit führten.

Trotz der Verstaatlichung ist der Einfluß der beiden Großbanken (Creditanstalt und Länderbank) sehr groß. Sie kontrollieren die Verteilung der Kredite, einschließlich der Marshallplanhilfe. 20 Bankdirektoren kontrollieren und beeinflussen durch ein kompliziertes System von Aufsichtsratsposten den größten und entscheidendsten Teil der Industrie.

Die finanzkapitalistischen Interessen obsiegen daher trotz mancher Kompromisse über die Interessen der Industriebourgeoisie. In der

jüngsten Etappe bilden die Kreditpolitik der Banken und die Liberalisierungspolitik der Industriellen Waffen in den Händen des Großkapitals, um durch Niederringung mittlerer und kleiner Kapitalisten den Konzentrationsprozeß voranzutreiben. Gleichzeitig reißen so die größeren und großen Kapitalisten den Markt der zugrunde gerichteten Kapitalisten an sich.

Trotzdem Waldbrunner das Ministerium für verstaatlichte Betriebe leitet, beherrscht die ÖVP-Lamarilla der Kammer auf dem Wege der Banken, die fest in ihren Händen sind, und die ihr ergebene Bürokratie die Wirtschaftspolitik uneingeschränkt.

Über den weiteren Weg der Wirtschaftspolitik gibt es im Lager der Bourgeoisie große Differenzen. Als Kamitz 1952 mit seinem "Sanierungsplan" auftrat, hatte es den Anschein, daß es zu einer Wiederholung des "Sanierungskurses" der Zwischenkriegszeit mit dem "Alpendollar" und mit 400.000 Arbeitslosen kommen werde. Aber die "Industrie" erklärte, "daß es mit dem Mythos des Alpendollars endgültig vorbei sei". Mit den steigenden Exportziffern trat das Problem der Liberalisierung des Außenhandels auf die Tagesordnung. Unter dem Druck der OEEC mußte die Liberalisierungsquote in mehreren Etappen erhöht werden und soll in den nächsten Monaten 75% erreichen. Die Großbauern sind die schärfsten Gegner der Liberalisierung, aber auch in den Reihen der Industriekapitalisten gibt es Differenzen über diese Frage. Dasselbe gilt für die Senkung der Kreditzinsen und der übrigen Zinssätze (Diskontsätze, Bankzinsen). Im letzten Herbst trat die "Industrie" noch für die Senkung der Zinssätze ein. Einer weiteren Senkung der Kreditkosten, die vor allen vom Klein Gewerbe gefordert wird, widersetzen sich die Industriellen aber entschieden. Ähnliche Differenzen gibt es über die staatliche Investitions- und über die Zollpolitik.

Die Differenzen im Lager der Bourgeoisie zeigen bereits, welche Widerstände einer Aufrechterhaltung der "Normalisierung", geschweige denn einer weiteren Entwicklung der Wirtschaft entgegenstehen. Der österreichische Kapitalismus ist vom Weltmarkt noch abhängiger, noch konjunkturrempfindlicher geworden als vor dem Kriege. Auch verhältnismäßig kleine Erschütterungen auf dem Weltmarkt wirken sich in diesem Lande, das eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette ist, aus. Die einzige Möglichkeit, das jetzige Stadium der Stagnation zu überwinden, erblickt die Bourgeoisie in einer weiteren Steigerung des Außenhandels. Aber die Bedingungen dafür werden in der nächsten Zukunft schlechter sein als 1953. Die Marshallplanhilfe geht 1954 zu Ende. Der internationale Konkurrenzkampf nimmt, besonders seit dem Wiederauftreten Deutschlands und Japans auf dem Weltmarkt, immer schärfere Formen an. Alle diese Faktoren bedeuten insgesamt nicht Stabilität, sondern umgekehrt wachsende Labilität der Wirtschaft. Eine neue Wirtschaftskrise, ausgehend von USA, würde sich in Österreich katastrophal auswirken, da der österreichische Kapitalismus als einer der schwächsten, ohne nennenswerte Reserven dastehend, alsbald unter die Räder kommen würde. Die forcierte Wiederaufrüstung Westdeutschlands könnte allerdings für eine kurze Periode die Krisenauswirkungen abschwächen, nicht aber beseitigen.

Eine andere Möglichkeit, die bei den wirtschaftlichen Perspektiven beachtet werden muß, stellt für die österreichische Kapitalistenklasse die Entfaltung des Handels mit der USSR, China und den anderen antikapitalistischen Ländern dar. Ob es zu einer solchen Wendung kommt, hängt in erster Linie von der weltpolitischen Entwicklung ab.

II. Die politische Lage und ihre Perspektiven

Analog der ökonomischen wird auch die politische Lage offiziell (d.h. durch die Kapitalisten und Reformisten) gern als stabil bezeichnet. Österreich gehöre z.B. zu den Ländern mit einer stabilen Regierung. Ein genauerer Einblick in die Entwicklung der politischen Lage zeigt aber, wie relativ diese Stabilität ist.

Es gibt allerdings einige für Österreich spezifische Momente, die zur relativen Stabilisierung des politischen Regimes des Kapitalismus beigetragen haben.

a) An einem strategisch wichtigen Berührungspunkt der Einflußsphären des Kremls und Washingtons gelegen, nimmt Österreich in der Weltpolitik eine besondere Stellung ein. Da sich Ost und West in Österreich vorübergehend das Gleichgewicht halten, verleiht das dem innerpolitischen Regime den Anschein einer größeren Stabilität als es in Wirklichkeit besitzt.

b) Daß Österreich keine Volksdemokratie geworden ist, verdankt der Kapitalismus in erster Linie dem Reformismus. Diesem ist es, indem er die unmittelbaren Erfahrungen der Massen mit dem sowjetischen Besatzungsregime geschickt ausgenützt hat, gelungen, den Massen eine unerschütterliche antisowjetische Einstellung einzupflanzen. Jeder ernstere Versuch der Massen, sich gegen das kapitalistische Regime zur Wehr zu setzen, konnte von der SP mit dem Argument, das führe zur Volksdemokratie, unterdrückt werden. Dadurch wurde sie zu einem wichtigen Faktor bei der relativen Stabilisierung des politischen Regimes des Kapitalismus.

c) Auch die Politik der Stalinpartei hat, wenn auch auf andere Weise, das ihrige zur Festigung des Regimes beigetragen. Es ist ihr nicht gelungen, die Herrschaft der Koalitionsregierung von ÖVP und SP zu erschüttern. Schuld daran sind die Methoden der russischen Besatzung, die als Hypothek auf ihrer Politik lastet, und ihre absolute Unfähigkeit, Massen zum Kampfe gegen den Kapitalismus zu mobilisieren. Diese Tatsache erlaubt den SP-Führern erst ihre rechte Politik.

Wenn es dem Kapitalismus dank SP- und Stalinpolitik gelang, sein politisches Regime aus der Labilität der Nachkriegsjahre herauszuführen, so bedeutet das nicht, daß dies zu einer endgültigen Stabilisierung von einiger Dauerhaftigkeit führen wird. Die für den Kapitalismus ungünstige Entwicklung der Weltlage läßt keinen allzugroßen Spielraum für das kleine Österreich, zumindest nicht auf die Dauer. In der revolutionären Epoche, in der wir leben, gibt es auf die Dauer keine Insel, die von Erschütterungen verschont bleibt, schon gar nicht in einem Punkte, in dem sich die Einflußsphären der Weltmächte treffen.

Das Schwanken und die Widersprüche der Politik der österreichischen Bourgeoisie sind aus der unsicheren Zukunft zu erklären.

Innenpolitisch ist die Bourgeoisie gezwungen, die Macht mit der SP zu teilen, obwohl es selbst auf parlamentarischem Boden eine Möglichkeit gibt, eine rein kapitalistische Regierung zu bilden. Die Führer der ÖVP spielten schon öfters mit dem Gedanken (zuletzt nach den Wahlen 1953), die SP aus der Regierung hinauszuerwerfen und zusammen mit dem VdU eine rein kapitalistische Regierung zu bilden. Aber es blieb bis jetzt bei diesem Schwanken. Sie kamen zur Einsicht, daß es besser ist, mit der SP die Regierungssitze zu teilen, was manchmal nicht angenehm ist, als die SP in die Opposition zu treiben, was auf die Dauer gefährlich werden kann. Solange die SP in der Regierung ist, ist sie nur ein unangenehmer Konkurrent an der Futterkrippe, aber in der Opposition kann sie unter dem Druck der Massen, wenn auch gegen ihren eigenen Willen, zum Konkurrenten um die reale Macht werden. Ebenso zwingt die außenpolitische Situation Österreichs die Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung der Koalition mit der SP.

Gegenwärtig ist keine andere ernste Konzeption der Bourgeoisie, als diese Politik des kleineren Übels (der Koalition mit der SP) sichtbar. Nur auf dem rechten Flügel des VdU (Stüber) gibt es Leute, die für eine "starke Politik" eintreten. Aber die Bourgeoisie hat erkannt, daß für eine solche derzeit keine objektive Basis vorhanden ist.

Ein Ergebnis der Teilung der "Macht" zwischen ÖVP und SP seit 1945 ist die Entstehung eines wahren Sumpfes an Protektion und Korruption. Eine ganze Kette von Korruptionsfällen erschüttern das Vertrauen großer

teile der Massen nicht nur in das politische Regime, sondern in die Politik überhaupt.

Außenpolitisch ist die Lage der Bourgeoisie von der Entwicklung der Beziehungen der Weltmächte abhängig. Österreich ist Objekt der Weltpolitik. Daraus ergibt sich, daß die Bourgeoisie sehr vorsichtig in ihrer außenpolitischen Orientierung ist. Die SP-Führung wirft der Bourgeoisie vor, daß sie wankelmütig in ihrer westlichen Orientierung sei. Es ist Tatsache, daß die SP-Bürokratie in ihrem amerikanischen Kurs der Bourgeoisie weit voraus, viel konsequenter ist. Das Schicksal der SPen in den Staaten des Glacis nach 1945 fuhr den SP-Führern in die Knochen, für sie bedeutet eine Zusammenarbeit mit der SU und den Volksdemokratien überhaupt keine Perspektive. Anders liegen die Dinge bei der Bourgeoisie.

Für sie ist Amerika nicht nur das Zentrum der kapitalistischen Welt, sondern zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent. Solange der sowjetische Block nicht unmittelbar ihre Herrschaft bedroht, wird sie versuchen, zu einem seiner Geschäftspartner zu werden. Das ist der Sinn des von einer Gruppe innerhalb der Bourgeoisie angestrebten "finnischen Kurses".

Das Ziel der Außenpolitik der Bourgeoisie ist die Erreichung des Staatsvertrages. Da ein dauerhaftes Kompromiß zwischen Moskau und Washington sehr unwahrscheinlich ist, sind auch die Aussichten auf den Staatsvertrag sehr gering. Die Bourgeoisie ist aber bereit, für die Erreichung dieses Zieles alles zu tun, unter Umständen auch Konzessionen zu machen. Denn für sie gibt es nur eine Perspektive: Die Beendigung des "Kalten Krieges" durch ein Kompromiß, durch das sie die Besatzungstruppen aus dem Lande bringt und ihr gestattet, Herr im eigenen Haus zu sein. Andererseits sind sich die österreichischen Kapitalisten bewußt, daß der "Heiße Krieg" ihr Ende bedeutet.

III. Der Klassenkampf

Die SP-Führung behauptet, daß es dank der "Einsicht der Arbeiterklasse und ihrer Führung, der SP" in Österreich zum Unterschied von den meisten Ländern Europas, in den letzten Jahren fast keine Klassenkämpfe gegeben habe. Die Zeit der offenen Klassenkämpfe und der Revolutionen sei vorüber, an ihre Stelle seien die Entscheidungen am Verhandlungstisch getreten.

Diese Behauptung ist nicht wahr, sie ist zumindest eine starke Übertreibung. Seit 1945 gab es heftige Klassenkämpfe um Ziel und Kosten des Wiederaufbaus. Die fünf Lohn- und Preisabkommen waren sichtbare Etappen in diesem Kampfe. Im Oktober 1950 gab es eine das ganze Land umfassende spontane Streikwelle, die erst nach einer Woche offener Sabotage von SP- und Gewerkschaftsführung zusammenbrach. Nach diesem sichtbaren Höhepunkt ebten die Kämpfe zwar ab, aber auch die Kämpfe nachher zeigten, daß es weniger an der Kampfbereitschaft und der Solidarität der Massen als vor allem an der Bereitschaft der Führung (SP- und Gewerkschaftsbürokratie), diese Kämpfe zu führen, mangelte.

Etwas Wichtiges muß allerdings festgehalten werden: Die Angreifer in all diesen Kämpfen waren die Kapitalisten, die Arbeiterklasse lag in der Verteidigung. In den wenigen Fällen (wie im Oktober 1950), wo die Arbeiterklasse spontan zum Angriff überging, tat sie dies auch aus der Verteidigung heraus. Da ihre Führung nicht gewillt war, die anfänglichen Vorteile weiter zu verfolgen, mußte sie sich wieder in die Verteidigung zurückziehen.

Die Ergebnisse dieser Klassenkämpfe liegen vor uns: Die Bourgeoisie konnte sich wirtschaftlich und politisch im Vergleich zu 1945 konsolidieren, die Arbeiterklasse war dank des Verrats ihrer Führung, SP- und Stalinbürokratie, nicht imstande, die Möglichkeiten, die sich

ihr nach 1945 boten, auszunützen. Sie wurde zurückgedrängt, ohne aber bisher große Niederlagen, ähnlich denen vor 1938, erlitten zu haben.

Absolut hat sich die Lage der Arbeiterklasse seit 1945 verbessert, ihr Reallohn ist bis 1952 gestiegen, seither ist er mit einigen Schwankungen auf diesem Niveau verblieben. Im Verhältnis zur Bourgeoisie ist allerdings keine Besserung feststellbar, die Reallöhne sind im Verhältnis zu den Profiten weit zurückgeblieben. Beweis hierfür sind die Steuereingänge. In den ersten Jahren nach 1945 übertraf die Lohnsteuer die Einkommensteuer der Unternehmer, heute ist es umgekehrt.

Trotz ihrer inneren Zwistigkeiten hat sich die ÖVP als weitaus wichtigste Partei der Bourgeoisie behauptet. Sie hat zwar 1949 und 1953 bei den Wahlen Stimmen verloren, aber ihre einzige Konkurrenzpartei, der VdU, ist seit 1949 noch wesentlich stärker zurückgegangen. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen im Herbst 1953 brachten wieder eine geringe Verbesserung der ÖVP auf Kosten des VdU, der sich in den letzten Monaten gespalten hat und an seinen inneren Gegensätzen zugrunde zu gehen droht. Die Führung in der ÖVP besitzen die Großkapitalisten und die Großagrarien. Ihr Hauptanhang besteht aus kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen.

Wenn sich auch die Industrie und die Großbauern in den entscheidendsten Fragen des Klassenkampfes einig sind, so gibt es, besonders in der heutigen Lage, große Differenzen unter ihnen. Die wirtschaftlichen Differenzen haben wir bereits im II. Kapitel aufgezeigt. Die Industrie fühlt sich mit dem amerikanischen und seit einigen Jahren mit dem deutschen Kapital verbunden, sie schaut zumindestens mit einem Auge wieder nach Deutschland, besonders seit dem Wahlsieg Adenauers. Die Agrarien und Teile der mittleren Bourgeoisie sind da vorsichtiger, ihnen liegt der "Anschluß" noch zu sehr in den Gliedern. Ihr Ziel wäre mehr ein Österreich mit einem "Alpendollar", mit einigen Hunderttausenden Arbeitslosen und billigen Arbeitskräften. Ihnen wäre ein Fremdenverkehrszentrum lieber als ein mit Deutschland verbundener Industriestaat.

SP und Stalinpartei suchen die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie auf opportunistische Art und Weise auszunützen. Die einen zur Behauptung ihrer privilegierten Positionen, die anderen zur Unterstützung der Außenpolitik des Kremls, beide nicht im Interesse des Kampfes der Arbeiter.

Die ÖVP bezeichnet sich gerne als demokratische Partei. Sie ist so wenig demokratisch, wie alle anderen kapitalistischen Parteien in entwickelten Ländern. Ihr "demokratischer" Charakter wird ihr durch die objektive Lage aufgezwungen. So kostspielig und kompliziert die bürgerliche Demokratie auch ist, sie hat ihre eigene Logik: Solange die Bourgeoisie die SP-Führung zur Beruhigung der Massen braucht, solange muß sie sich mit ihr abfinden. Mit dieser Tatsache hat sich auch ein großer Teil des VdU abgefunden und sich mit der "Demokratie" versöhnt. Nur der Stüberflügel dürfte noch eine richtiggehende faschistische Konzeption haben.

Wenn aber die SP-Führung den Arbeitern erklärt, daß dies oder jenes nicht durchzusetzen sei, weil in der Demokratie die Mehrheit entscheidet, so betrügt sie die Arbeiter. Die Bourgeoisie hält sich nicht an die Spielregeln der Demokratie. Ihren Vorsprung im Klassenkampf hat sie nicht dadurch erreicht, daß sie um ein paar Mandate mehr im Parlament besitzt als die Arbeiterparteien, sondern dadurch, daß sie sich rücksichtslos im außerparlamentarischen Kampfe durchsetzte, unter anderem auch dadurch, daß sie die vom Parlament geschaffenen Gesetze sabotierte und ignorierte (Preistreibercei, Ablieferungsabotage usw.).

Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse folgt der SPÖ, sieht in ihr ihre Führung. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, daß

sich die SP in der Regierung verbraucht und den Arbeitern manche unangenehme Überraschung bereitet hat. Es gibt mehrere Ursachen für diesen Widerspruch.

- a) Die SP hat eine lange und große Tradition in der österreichischen Arbeiterbewegung.
- b) Da die Stalinpartei vor 1934 sehr schwach war, gab es in Österreich praktisch keine Spaltung in der Arbeiterbewegung. Viele Arbeiter entscheiden sich auch darum für die weitaus stärkste Arbeiterpartei, weil sie dadurch die Spaltung verhindern wollen.
- c) Für einen großen Teil der Arbeitermassen bedeutet die SPÖ das kleinere Übel, da Stalinpartei und die Volksdemokratie für sie keine Perspektive bietet.
- d) Die SP-Führung hat gewisse Erfolge (Sozialgesetzgebung, steigende Reallohne, Mitglieder- und Wählerzuwachs) und keine schweren Niederlagen aufzuweisen, was gewisse Illusionen einer Perspektive für die Arbeiter hervorruft.
- e) Die SP ist eine "Partei an der Macht" geworden. Sie hat Wohnungen, Posten usw. zu vergeben. Damit besticht und korrumpiert sie ganze Teile der Arbeiterklasse.

Das Hauptziel der SP-Politik ist, die Koalition mit der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten. Die SP-Führung ist der Ansicht, daß es ihr schwerster Fehler in der ersten Republik war, aus der Regierung auszutreten. Diesen Fehler werde sie in der zweiten Republik nicht wiederholen, sie wolle unter allen Umständen an der "Macht" teilhaben. Um dieser "Machtpolitik" willen verzichtet sie auf die Führung eines ernststen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, bremst sie die Massen bei ihren Versuchen, sich gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu wehren.

Die SP-Führung kann aber diese Politik nicht im luftleeren Raum, sondern nur in der konkreten Arena des Klassenkampfes betreiben. Sie muß imstande sein, gewisse Reformen von der Bourgeoisie zu erreichen, um die ihr folgenden Massen einigermaßen zufriedenstellen zu können. Die Basis der Politik der Reformisten wird auf der einen Seite durch die Bereitschaft oder die Möglichkeit der Bourgeoisie, Reformen zu gewähren, auf der anderen Seite durch die Geduld der Massen, begrenzt. Die Kunst in der Politik der SP-Führer besteht darin, prinzipienlos zwischen diesen beiden Begrenzungslinien ihrer Politik hin und her zu pendeln, ohne sich auf der einen Seite (bei der Bourgeoisie) oder auf der anderen Seite (bei den Massen) das Genick zu brechen.

Es wäre falsch, zu behaupten, die SP führe überhaupt keinen Kampf gegen die Bourgeoisie. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln und mit welchem Ziele. Es gab in den letzten Jahren einige Phasen des Kampfes zwischen ÖVP und SP (Starhembergkrise, Budgetkrise 1952), wo die SP sogar mit der Mobilisierung der Massen begann oder zumindestens drohte, um ihren Standpunkt durchzusetzen. Die Starhembergfrage endete mit einem Kompromiß und die SP-Führung war damit zufrieden. Die Budgetkrise endete mit einem eindeutigen Wahlsieg der SP, und sie gab sich auch damit zufrieden. Sie sieht in der Kampfkraft der Massen nur ein Mittel, um der Bourgeoisie zu drohen. Dadurch zersetzt sie die Kampfbereitschaft der Arbeiter.

Nur größere spontane Kämpfe der Massen können die SP-Führung zwingen, die Führung in ihren Kämpfen zu übernehmen. Nur in einer Lage äußerst zugespitzter Klassengegensätze wird die Sabotage der SP-Führung am Klassenkampf einer Intensivierung der Kämpfe durch dieselbe SP-Führung Platz machen. Dabei wird diese von allen Anfang beabsichtigen, bei der ersten möglichen Gelegenheit in ihre alte Politik einzulenken, den Kampf der Massen zu verraten. Ob sie das, ohne eine Spaltung in den eigenen Reihen zu riskieren, auf die Dauer imstande sein wird, ist eine andere Frage.

Die Stalinpartei konnte seit 1945 keine Fortschritte machen, obwohl sie gute objektive Gelegenheiten vorfand. Nachdem sie 1947 erkannt

hatte, daß die Einführung einer Volkodemokratie auf kaltem Wege nicht möglich sei, trat sie aus der Regierung aus und ging in die Opposition. Aber auch in fast 7 Jahren Opposition konnte sie ihre Stagnation nicht überwinden. Durch ihre überspitzten Losungen, die es nicht verstanden, sich den unmittelbaren Bedürfnissen der Massen anzupassen, und durch ihre Kremlhörigkeit erreichte sie nur ihre vollständige Isolierung. Ihr entschiedener Rückgang bei den Betriebsrätewahlen 1953, den sie selbst offiziell eingestehen muß, ist der Beweis dafür.

Vor allem ist es ihr nicht gelungen, die Einheitsfront mit den SP-Arbeitern herzustellen. Anstatt die Forderungen der SP aufzugreifen und dadurch die SP-Führung zu zwingen, für diese Forderungen auch zu kämpfen, stellte sie meistens eigene Losungen ("Kampf für den Frieden", "Kampf gegen die amerikahörigen SP-Führer", eigenes Wohnbauprogramm usw.) auf oder lizitierte die Tagesforderung der SP hinauf. Sie erreichte dadurch nur, daß sie von den SP-Arbeitern nicht ernst genommen wird.

Die Einheitsfront-Konzeption der Stalinisten war sektiererisch-ultralinks. Sie ließ die Einheitsfront mit der SP nur dann gelten, wenn sie darin die Führung besaß. Das war dann eine reine Schwindel-Einheitsfront, der die Massen der SP-Arbeiter von vornherein den Rücken kehrte. Mit dieser Einheitsfront-Methode hat sie den Oktoberstreik 1950 in den Abgrund geführt. Der Kampf begann als spontane Bewegung, in der die Masse der SP-Betriebsarbeiter im Vordergrund stand oder zumindest sympathisierte. Anstatt die in Schwung gekommenen SP-Betriebsräte in der Führung zu belassen, sie nur zu unterstützen und an Hand der Kampferfahrungen vorwärtszuführen, bemühten sich die Stalinisten von allem Anfang an krampfhaft, sich die Führung in der Bewegung mechanisch zu sichern. Von dem Augenblick an, wo sie die Führung im Kampfe hatten, zogen sich die SP-Arbeiter zurück und damit war das Schicksal des Streiks besiegelt. Die SP-Führung ging gemeinsam mit dem Staatsapparat zur Gegenoffensive über, die jetzt isolierten Zentren des Kampfes (Linz, Steyr, Graz) mußten kapitulieren.

In den letzten Monaten, unter dem Eindruck der Niederlage bei den Betriebsrätewahlen, haben sich die Stalinisten korrigiert. Sowohl Fürnberg ("Weg und Ziel" XII/53) als auch Koplenig (Plenum des ZK vom Jänner 53) sprechen offen aus, daß ihre Haltung gegenüber der SP-Arbeiterschaft bisher falsch war. Die KP dürfe keine eigenen Losungen aufstellen, sondern müsse in erster Linie für die Forderungen der SP kämpfen. Die bisherige Einheitsfront nur von unten wäre falsch gewesen, man müsse die Einheitsfront mit der SP von oben und unten verwirklichen. Wieweit diese Korrektur in die Wirklichkeit umgesetzt werden wird, muß erst abgewartet werden. Allerdings existieren bereits einige kleine Anzeichen dafür, daß es die KP-Führung mit ihrer Korrektur ernst meint. Bei der "Steuerreform 1954" schloß sich die Stalinpartei den Forderungen der SP, die den Arbeitern und Angestellten einige kleine Verbesserungen gegenüber dem Kamitz-Entwurf brachte, an. Fürnberg unterstreicht dies als ein Beispiel für richtiges Vorgehen. Ob diese Änderung der Taktik der Stalinpartei ihr ermöglichen wird, ihre Stagnation zu überwinden, ist fraglich. Selbst die an sich nicht geringen Konzessionen, die seit Stalins Tod von der russischen Besatzungsmacht gemacht wurden (Verzicht auf Besatzungskosten, Aufhebung der Zensur usw.), haben den Stalinisten keinen Auftrieb gegeben, wie sie selbst eingestehen müssen. Die Ablehnung der Stalinpartei durch die österreichische Arbeiterklasse ist tief verwurzelt.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Infolge der verräterischen Politik von SP und Stalinpartei liegt die Arbeiterklasse seit 1947 in der Verteidigung gegen die Angriffe der Bourgeoisie. Gegenüber 1945, wo das Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse günstig lag, konnte die Bourgeoisie aufholen und ihr Klassenregime relativ festigen. Dennoch konnte sie kein entscheidendes Kräfteübergewicht verlangen, im außerparlamentarischen Kampfe hat die Arbeiterklasse keine schweren

Niederlagen erlitten. Auf der parlamentarischen Ebene verschob sich das Kräfteverhältnis noch zugunsten der SP. Gegenwärtig ist ein Zustand eines labilen Kräftegleichgewichtes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse erreicht, der durch die politische Polarisierung in zwei Klassenparteien, ÖVP und SPÖ und durch die weltpolitische Stellung Österreichs zwischen den beiden Lagern seinen Ausdruck findet. Eine ökonomische Weltkrise würde auch zum Bruch der relativen Stabilisierung des österreichischen Kapitalismus und damit zu verschärften offenen Klassenkämpfen führen. In die gleiche Richtung weist auch der neue Aufstieg der Arbeiterklasse in einigen wichtigen Ländern (England, Frankreich, Italien) sowie die Verschärfung des Weltklassenkampfes überhaupt. In diesen kommenden Kämpfen wird es sich erst entscheiden, auf welche Seite hin sich das Kräfteverhältnis ernsthaft verschieben wird.

IV. Aufgaben.

Der 3. W.K. der IV. Internationale stellte auf Grund der revolutionären Bedingungen unserer Periode die Notwendigkeit des möglichst tiefen Eindringens ihrer Sektionen in die Massenbewegung ihres Landes fest. Das Ziel dieses Eindringens ist die Schaffung von revolutionären Parteien, mit deren Hilfe und Führung die Arbeiterklasse instande sein wird, den Kapitalismus zu stürzen.

Die Taktik für dieses Eindringen ergibt sich aus der Lage in der Arbeiterbewegung. Sie erfordert in erster Linie die Wahl des Hauptarbeitsgebietes für unsere Kräfte in jedem Lande, das sich aus einer genauen Analyse der Arbeiterbewegung ergibt. Aus dem vorhergehenden Kapitel geht hervor, daß sich der weitaus überwiegende Teil der österreichischen Arbeiterklasse in der SP befindet und daß auch in Zukunft die Stalinpartei nicht instande sein wird, der SP diese Stellung streitig zu machen. Unser Arbeitsgebiet für das Eindringen in die Massenbewegung ist damit eindeutig abgegrenzt: Es ist der von der SP beeinflusste Teil der Arbeiterklasse.

Die Taktik, die wir dabei anwenden müssen, ist die Taktik des "Marxismus in die Bewegungen und Organisationen unter reformistischem Einfluß", so wie sie im Resolutionsentwurf zum IV. W.K.: "Unser Eintritt in die wirkliche Massenbewegung - seine Erfahrungen und Perspektiven" festgelegt ist.

Die erste Phase unserer Arbeit in der SP bestand in dem individuellen Eindringen unserer Genossen in diese Partei oder deren Gliederungen und die Zusammenfassung unserer Mitglieder zu einer Fraktion. Da es sich in dieser Phase vor allem darum handelte, die Anerkennung als gleichberechtigte Mitarbeiter zu erhalten, mußten wir bei der Vertretung unserer politischen Ansichten zurückhaltend sein und durften über das durchschnittliche Bewußtsein der SP-Arbeiter nicht viel hinausgehen.

Bei dieser Etappe unserer Arbeit in der SP entstehen zwei Gefahren. Erstens können unsere Genossen durch allzustarkes und allzulanges Anpassen an die Arbeitsbedingungen in der SP dem Praktizismus und dem Opportunismus der SP verfallen. Zweitens besteht die Gefahr der Isolierung, unter Umständen sogar der Entdeckung unserer Fraktion, wenn wir mit allzu überspitzten Ansichten auftreten. Beiden Gefahren konnten und können wir nur begegnen, wenn wir gleichzeitig mit der Arbeit in der SP die organisierte Tätigkeit unserer selbständigen Organisation fortsetzen, d.h. uns intensiv in den Zellen mit den nationalen und internationalen Problemen der Arbeiterklasse vom Standpunkt der IV. Internationale aus beschäftigen.

Für diejenigen unserer Genossen, die sich in der SP bereits akklimatisiert haben, beginnt jetzt eine zweite Phase ihrer Arbeit. Sie müssen lernen, eine dem jeweiligen Niveau ihres Milieus entspre-

chende Linie, die linker ist als die Durchschnittsansichten, konsequent einzuhalten. Dabei kommt es nicht auf die "revolutionäre" Form, sondern auf den Inhalt an. "Linker" als die anderen darf hier nicht bedeuten, tausende Schritte von der SP-Linie entfernt allein auf einer eigenen Linie zu marschieren, sondern soll bedeuten, immer nur einen Schritt dem Bewußtseinsniveau der SP-Arbeiter voranzusein, um es ihnen zu ermöglichen, den Anschluß zu finden.

Zur Durchführung einer solchen Linie gehört viel Geschick und Erfahrung. Es gehört vor allem eine gründliche Kenntnis der Entwicklung und der Tendenzen innerhalb der SP dazu. Die Entwicklung seit 1945 hat gezeigt, daß es keiner Strömung innerhalb der SP gelungen ist, die Führung der Rechten (Scharf, Helmer, Waldbrunner) zu erschüttern oder gar die Einheit der Partei ernstlich zu gefährden. Die einzelnen oppositionellen Strömungen wurden entweder ausgeschlossen (die pro-stalinistische Scharf-Gruppe) oder endeten zumindest vorläufig in der Isolierung (Opposition in Gewerkschaft, SJ, Hindels). Die Scharf-Opposition war Ausdruck der Massenunzufriedenheit der ersten Nachkriegsjahre und hatte anfangs Aussicht, zu einer ersten oppositionellen Strömung zu werden. Ihr Abschwanken zum Prostalinismus schnitt ihr jedoch jede weitere Entwicklung ab und ließ sie zur Sekte erstarren. Die Opposition gewisser Gewerkschaftsbürokraten (Hillereist-Mantler) war ein Reflex der Massenunzufriedenheit der ersten Jahre des Marshallplanes. Die mit dem Fortschreiten des Marshallplanes sich ergebende Konjunktur stoppte ihre Entwicklung ab. Die ersten Erschütterungen, die sich mit dem Zukunftsgehen des Marshallplanes zeigten, drückten vorübergehend die ganze SP relativ nach links, welcher Umstand schließlich das Verschwinden dieser oppositionellen Ansätze bewirkte.

Die SJ-Hindels-Opposition ging in den ersten Nachkriegsjahren aus der SJ-Führung hervor. Obwohl die meisten Leute der SJ-Opposition später vor den Rechten kapitulierten, behauptet sich Hindels mit einem kleinen Kreis bis heute. Er versucht durch seine Tätigkeit in den Gewerkschaften Anschluß an die Betriebsarbeiter zu gewinnen. Er stellt zweifellos einen der fähigsten und potentiell wichtigsten zentristischen Führer dar.

Keine der aufgezählten oppositionellen zentristischen Tendenzen konnte Teile der SP-Betriebsarbeiterschaft an sich ziehen, obwohl sie sich zweifellos bemühten, in dieser, als der potentiell wichtigsten Kraft jeder ersten Opposition, eine Stütze zu gewinnen. Zu den bereits oben angeführten Ursachen für diese Erscheinung kommen noch hinzu: die SP-Arbeiter erblicken in relativ kleinen Gruppierungen wie SJ und Hindels-Opposition keine wirkliche Perspektive; sie befürchten eine Spaltung der SP als Folge des oppositionellen Kampfes; die parlamentarischen Illusionen haben noch große Kraft.

Der Entwicklungsgang der oppositionellen Tendenzen in der SP seit Kriegsende lehrt uns, daß wir die objektiven und subjektiven Faktoren bei der Entstehung und Entfaltung solcher Tendenzen fortlaufend genau analysieren müssen. Dadurch können wir ihre aktuelle und potentielle Bedeutung möglichst exakt einschätzen und demgemäß unsere Taktik einrichten. Welche Rolle und Bedeutung die seit 1945 hervorgetretenen oppositionellen Tendenzen künftig bei der Herausbildung eines ersten linken Flügels in der SP und bei der schließlichen Formierung der neuen Klassenpartei erlangen werden, ist heute schwer abzuschätzen; es ist eher zu erwarten, daß sich im Zusammenhang mit den kommenden Ereignissen neue oppositionelle Kräfte und Tendenzen zeigen werden. Zweifellos ist der Herausbildungsprozeß der neuen revolutionären Klassenpartei sehr kompliziert und relativ langwierig.

Daraus folgt, daß wir uns darauf einstellen müssen, längere Zeit in der SP zu bleiben. Wir müssen vor allem trachten, in den potentiell wichtigsten Teil der SP, in die Reihen der Betriebsarbeiterschaft einzudringen und dort wichtige Positionen zu besetzen. Wir müssen damit rechnen, daß nur schwere wirtschaftliche, politische und soziale Er-

erschütterungen imstande sein werden, die Stellung der rechten SP-Führung zu erschüttern und Bedingungen für die Entstehung von größeren zentristischen Gruppierungen zu schaffen. Bei gleichzeitigem Vorhandensein einer spontanen Massenbewegung wird sich in dieser Lage die reale Möglichkeit für die Schaffung der neuen revolutionären Klassenpartei unmittelbar ergeben. Es muß unser heute schon ins Auge gefaßtes Ziel sein, daß sich dann unsere Kader aktiv sowohl im Zentrum der spontanen Massenbewegung als auch im Zentrum der politischen Bewegung, der zentristischen Strömung befinden.

Die imperialistischen Kriegsvorbereitungen werden zur Verschärfung der Klassengegensätze führen und die oben geschilderten Bedingungen für die Entstehung ernster zentristischer Strömungen und schließlich für die Schaffung der revolutionären Klassenpartei erzeugen. Es ist aber auch möglich, daß der Krieg in verhältnismäßig kurzer Frist kommt und die Lage in der SP bis dahin im großen und ganzen so bleibt wie heute. Bei Kriegsausbruch würde Österreich in den Einflußbereich des Kroml fallen. Die meisten SP-Führer würden entweder nach dem Westen fliehen oder von den Stalinisten abgesetzt werden, wenn sie es nicht zum Teil vorziehen, vor den Stalinisten zu kapitulieren. Die Masse der SP-Arbeiter wird aber in irgendeiner Form organisiert bleiben, entweder in einer SP, die sich auf den Boden des Regimes stellt, oder zumindest in den Gewerkschaften. Auch in diesem Falle wird es das Beste sein, wenn unsere Kader innerhalb der SP-Arbeiterschaft verankert sind.

Wenn wir damit rechnen, daß unsere Genossen noch eine Reihe von Jahren innerhalb des Milieus der SP arbeiten werden, so birgt das gewisse Gefahren, denen wir begegnen müssen. Folgende Punkte müssen beachtet werden, damit das Ziel unserer Arbeit in der SP erreicht wird:

a) Um in den Zellen die aus unserer Arbeit in der SP sich ergebenden Probleme und Aufgaben laufend von unserem trotzkistischen Standpunkt aus bewältigen zu können und das revolutionäre Bewußtsein der Mitglieder ununterbrochen zu stärken, ist das Studium und die Diskussion der wichtigsten Dokumente unserer Internationale eine vordringliche Aufgabe. Die Notwendigkeit des Bestehens einer nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebauten und geführten Weltpartei soll im Bewußtsein unserer Mitglieder fest verankert werden.

b) Die Schulungs- und Erziehungsarbeit muß trotz der vielen Aufgaben, die uns aus der Arbeit in der SP erwachsen, aufrecht erhalten werden. Das Studium der Arbeiten von Marx-Engels, Lenin und Trotzki gehört nach wie vor zu den laufenden Aufgaben. Das gleiche gilt für die wichtigsten Probleme der internationalen Revolution, im besonderen der Kolonialrevolution.

c) Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um neue, vor allem junge Kräfte an unsere Organisation heranzuziehen. Trotzdem für die individuelle Propaganda innerhalb der SP konspirative Schwierigkeiten bestehen, müssen konkrete Versuche unternommen werden. Hier gibt es ein wichtiges Arbeitsgebiet für Genossen, die aus dem einen oder anderen Grund nicht in der SP verankert sind.

d) Die Mitarbeit an einem zentristischen Organ innerhalb der SP oder die Unterstützung eines solchen durch unsere Fraktion gehört zu den Aufgaben der nächsten Etappe unserer Arbeit in der SP. Es würde möglich sein, in einem solchen Organ die nationalen und internationalen Probleme des Klassenkampfes zu behandeln, zwar nicht vom revolutionären Standpunkt aus, aber zumindest auf einer Linie, die der Linie unserer SP-Arbeit entspricht. Beim Erscheinen eines solchen Organs, das zweifellos im Zentrum unserer Arbeit in der SP stehen wird, wird es doppelt notwendig sein, daß unser offizielles Organ weiter regelmäßig erscheint und den vollen trotzkistischen Standpunkt vertritt.

e) Um die täglichen Aufgaben in der SP-Arbeit erfüllen zu können, ist es notwendig, eine schlagensame Taktik anzuarbeiten. Die Über-

prüfung und Ergänzung dieser taktischen Linie an Hand der Erfahrungen, wird eine ständige Aufgabe der gesamten Organisation sein. In der Resolution "Unsere unmittelbaren Aufgaben in der SP-Arbeit" wird unsere taktische Linie für die nächste Etappe zusammengefaßt.

+ +
+ .

Die österreichische Sektion der IV. Internationale steht vor wichtigen Aufgaben. Sie wird sie nur erfüllen können, wenn sie bewußt und einig an ihre Verwirklichung herangeht. Indem sie als Teil der Weltpartei, der IV. Internationale, handelt und kämpft, wird sie einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele des internationalen Kommunismus leisten.

März 1954